



## **Antrag der GRÜNEN-Fraktion vom 19.07.2023 / Stadtrat Karg Abschaffung der Ausschüsse**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>
Hauptausschuss	23.10.2023	Vorberatung	öffentlich
Bau- und Sozialausschuss	24.10.2023	Vorberatung	öffentlich
Gemeinderat	26.10.2023	Entscheidung	öffentlich

### **Anlagen**

Anlage 1: Sitzungstermine mit Ausschüssen

Anlage 2: Sitzungstermine ohne Ausschüsse

### **Weitere beteiligte Ressorts**

### **I. Beschlussvorschlag der GRÜNEN-Fraktion**

Sowohl der Hauptausschuss als auch der Bau- und Sozialausschuss werden zum 1. Januar 2024 abgeschafft. Die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung des Gemeinderates werden entsprechend angepasst.

### **II. Sachverhalt und Begründung der GRÜNEN-Fraktion**

Durch die beschließenden Ausschüsse Hauptausschuss sowie Bau- und Sozialausschuss hat jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat nahezu monatlich jeweils mindestens zwei Gemeinderatstermine innerhalb einer Woche. Bei der Vertretung einer Kollegin oder eines Kollegen im Ausschuss sowie der Teilnahme am Ältestenrat sind bis zu vier Termine innerhalb einer Woche von Montag bis Donnerstag möglich. Für Ehrenamtliche, die auch noch hauptberuflich tätig sind, ist diese Situation fast unzumutbar.

Auch im Sinne der Familienfreundlichkeit und generellen Attraktivität dieses Ehrenamtes erscheint uns eine Abschaffung der Ausschüsse, die insgesamt weniger Gemeinderatstermine – insbesondere innerhalb einer Woche – zur Folge hätte, sinnvoll zu sein.

Die Vorteile der Ausschüsse, wie die Verkürzung der Gemeinderatssitzungen und die Klärung von Fragen im Vorfeld von Gemeinderatsbeschlüssen, sind nur zum Teil gegeben. Diskussionen aus den Ausschüssen wiederholen sich im Gemeinderat teilweise wörtlich, wofür entsprechend zweimal die Zeit investiert werden muss. Alle Appelle, daran etwas zu ändern, sind gescheitert. Komplexere Fragestellungen lassen sich bei einer Ansetzung der Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen innerhalb einer Woche, manchmal sogar an aufeinanderfolgenden Tagen, verständlicherweise auch nicht klären.



Des Weiteren waren Sitzungen des Hauptausschusses bisher schon häufig ziemlich kurz, währenddessen Sitzungen des Bau- und Sozialausschusses nicht selten von langer Dauer waren. Nun kommt erschwerend hinzu, dass ein zentrales Gebäudemanagement nach dem „Mieter-Vermieter-Modell“ eingerichtet und das Aufgabengebiet der Liegenschaften einschließlich des Waldes vom Geschäftskreis des Hauptausschusses in den Geschäftskreis des Bau- und Sozialausschusses wechseln soll. Damit würde sich das Ungleichgewicht zwischen den beiden Ausschüssen weiter verschärfen und der thematisch ausgedünnte Hauptausschuss hätte noch weniger zu entscheiden und vorzubereiten als bisher.

Statt einer Sitzungsrunde mit Ausschüssen rund einmal im Monat könnten Gemeinderatssitzungen (abgesehen von den Schulferien) ca. alle drei Wochen einberufen werden. Selbst bei beispielsweise 14 Gemeinderatssitzungen im Jahr, statt der bisherigen zehn Sitzungsrunden, hätte jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat (abgesehen von Vertretungen) vonseiten der Stadt jährlich sechs Gemeinderatstermine weniger. Die Termine wären zudem besser verteilt. Darüber hinaus wären eventuelle Fristen, zu denen es Gemeinderatsbeschlüsse braucht, noch einfacher einzuhalten.

### III. **Empfehlung und Ziel der Verwaltung**

Nachdem die Verwaltung bei zurückliegenden Anträgen zur Abschaffung der Ausschüsse für eine Beibehaltung eingetreten ist, liegt nunmehr mit der Etablierung des zentralen Gebäudemanagements und der damit einhergehenden Abgrenzung der Geschäftskreise eine veränderte Sachlage vor.

Mit dem Gemeinderatsbeschluss aus der vergangenen Sitzungsrunde wurde das Aufgabengebiet **Liegenschaften einschließlich Wald** aus dem Geschäftskreis des Hauptausschusses in den Geschäftskreis des Bau- und Sozialausschusses verlagert. Weiterhin werden mit der Etablierung eines zentralen Gebäudemanagements und dem Wechsel vom Bauherrenmodell zum Mieter-Vermieter-Modell künftig alle Entscheidungen über Bau- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden im Bau- und Sozialausschuss getroffen. Dies betrifft dann auch Schulen, Kindertagesstätten und Hallen.

Die statistische Auswertung hat ergeben, dass bereits jetzt ein zeitliches Ungleichgewicht bezüglich der Sitzungsdauer beider Gremien besteht. Während im Jahr 2022 die durchschnittliche Sitzungsdauer des Hauptausschusses 1 Stunde und 57 Minuten und die des Bau- und Sozialausschusses 3 Stunden und 30 Minuten betrug, ergeben sich für das Jahr 2023 bisher 2 Stunden und 37 Minuten für den Hauptausschuss und 5 Stunden und 3 Minuten für den Bau- und Sozialausschuss. Mit Blick auf die Verschiebung der Aufgabengebiete ist eine weitere Zunahme dieses Ungleichgewichts abzusehen.

Es kann zudem ein allgemeiner Anstieg der durchschnittlichen Sitzungsdauer festgestellt werden. Neben den Ausschüssen sind auch die Sitzungen des Gemeinderats hiervon betroffen. Während im Jahr 2022 eine durchschnittliche Sitzungsdauer von 3 Stunden und 54 Minuten festgehalten wurde, sind es im Jahr 2023 bisher 4 Stunden und 34 Minuten. Wenn man die Sondersitzung im



Zuge des Widerspruchs gegen den Gemeinderatsbeschluss zur Anpassung der Sitzzahlen ausklammert, sind es sogar 5 Stunden und 10 Minuten.

Letztlich muss damit auch geschlussfolgert werden, dass die erhofften Zeitgewinne durch die Vorbereitungen in den Ausschüssen mit Blick auf die Zahlen verneint werden müssen, wenngleich im Jahr 2022 durchaus Ansätze einer positiven Entwicklung zu beobachten waren. Der Trend hat sich jedoch eindeutig umgekehrt.

Insofern empfiehlt die Verwaltung, dem vorgebrachten Beschlussvorschlag der GRÜNEN-Fraktion zuzustimmen und die Ausschüsse mit Beginn des Jahres 2024 abzuschaffen. Das Sachgebiet Gemeinderat & JGR hat zur Unterstützung der Beschlussfassung durch den Gemeinderat Übersichten der geplanten Sitzungstermine mit und ohne Ausschüsse erstellt, die als Anlagen zu dieser Sitzungsvorlage beigefügt sind.

Im Falle einer Zustimmung zur Abschaffung der Ausschüsse erfolgt im nächsten Schritt eine Anpassung der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, um die neuen Rahmenbedingungen zu verankern. Um eine zeitgerechte Umstellung sicherzustellen, ist dies für die Tagesordnung der Sitzungsrunde im November 2023 vorgesehen.